

■ WIRTSCHAFTSCHRONIK

II. QUARTAL 1997

Nach den Wahlerfolgen der sozialistischen Parteien anlässlich der Parlamentswahlen in England und Frankreich setzt der Europäische Rat auf seiner Tagung in Amsterdam einen neuen Schwerpunkt im Bereich Beschäftigungspolitik.

9. April: Die Spitzenvertreter der spanischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände einigen sich auf ein Grundsatzabkommen über die Ausgestaltung der Arbeitsmarktreform. Diese sieht einerseits eine Senkung der Abfertigungshöhe bei Entlassungen, andererseits eine Einschränkung der Möglichkeiten für befristete Arbeitsverträge vor.

AUSLAND

12. April: Der schwedische Finanzminister legt dem Reichstag einen ersten Budgetentwurf für 1998 vor. Der Entwurf umfaßt einen ausgeglichenen öffentlichen Haushalt und verstärkte Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung. Die Gemeinden erhalten zusätzliche Mittel zur Arbeitsplatzschaffung, die Zahl der Ausbildungsplätze wird erhöht, und ein Frühpensionierungsprogramm soll das Überangebot auf dem Arbeitsmarkt verringern.

16. April: Die tschechische Regierung einigt sich auf ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der makroökonomischen Ungleichgewichte. Es enthält umfangreiche Ausgabenkürzungen für die öffentlichen Haushalte – vor allem ein gebremstes Wachstum der öffentlichen Lohnsumme – und die Einführung eines zinslosen Depots zur Dämpfung der Importe. Daneben sollen Strukturmaßnahmen – wie eine beschleunigte Privatisierung und eine bessere Regulierung des Kapitalmarktes – umgesetzt werden.

22. April: Das Bonner Kabinett billigt den von Finanzminister Waigel vorgelegten Entwurf zu einer Steuerreform. Dieser sieht eine Senkung des Einkommensteuertarifs auf Sätze zwischen 15% und 39% und eine Nettoentlastung der Steuerzahler vor. Ab 1. Jänner 1998 sollen der Solidarzuschlag und die Unternehmenssteuern gesenkt werden. Die Opposition kündigt eine Blockade der Steuerreformpläne im Bundesrat an.

23. April: Die EU-Kommission legt ihre Frühjahrsprognosen für die europäische Wirtschaft vor. Die optimistischen Wachstumsaussichten für 1997 von real

2,4% im EU-Durchschnitt würden eine Erfüllung der Konvergenzkriterien für den Eintritt in die Währungsunion durch nahezu alle Mitgliedsländer erlauben.

1. Mai: Die Labour Party erringt bei den britischen Unterhauswahlen einen Erfolg und löst damit nach 18 Jahren in der Opposition die Tory-Regierung von John Major ab. Mit 43,1% der gültigen Stimmen entfallen auf Labour 418 der 659 Mandate. Der neue Premierminister Tony Blair bezeichnet eine Modernisierung des Wohlfahrtsstaates, eine Verbesserung des Erziehungssystems und eine Neuorientierung der britischen Europapolitik als seine wichtigsten Ziele.

4. Mai: In den USA einigen sich Regierung und Kongreß auf einen Budgetkompromiß, der einen Ausgleich des Bundeshaushalts bis zum Jahr 2002 vorsieht. Die Neuverschuldung, 1996 noch 1,6% des BIP, soll durch wachstumsbedingte Steuermehreinnahmen und Ausgabenkürzungen gegen Null geführt werden.

6. Mai: Der neue britische Finanzminister Gordon Brown kündigt neue Maßnahmen in der Geldpolitik an. Die Bank of England wird in die operative Unabhängigkeit entlassen, wobei die Vorgabe des Inflationsziels und das Wechselkursregime weiter im Aufgabenbereich der Regierung bleiben. Gleichzeitig wird zur Reduktion des bestehenden Inflationsdrucks das kurzfristige Zinsniveau erhöht.

In Helsinki wird ein von der finnischen Regierung in Auftrag gegebener Expertenbericht präsentiert, der die Vor- und Nachteile einer Teilnahme Finnlands an der Wirtschafts- und Währungsunion analysiert, ohne eine explizite Empfehlung für die wirtschaftspolitische Entscheidung auszusprechen.

27. Mai: Die tschechische Nationalbank gibt ihre Wechselkursbindung an einen Korb aus DM und US-Dollar auf und geht zu einem Regime des „managed floating“ über. Gleichzeitig wird eine drastische Zinserhöhung vorgenommen. Nach der Wechselkursfreigabe wertet die Krone gegenüber dem bisherigen Mittelwert um 11% ab.

28. Mai: Unterhändler der Europäischen Union und der USA einigen sich auf ein Mutual Recognition Agreement über den Abbau technischer Handelshemmnisse.

1. Juni: Die Parti socialiste erringt im zweiten Durchgang der vorgezogenen französischen Parlamentswahlen einen deutlichen Wahlerfolg. Auf die Sozialistische Partei und ihre Koalitionspartner entfallen 319 der 577 Sitze in der Nationalversammlung. Der designierte Premierminister Lionel Jospin nennt die Beschäftigungspolitik und eine Neuorientierung der Europapolitik als Schwerpunkte seiner Regierungstätigkeit.

3. Juni: Der Führungsausschuß der regierenden Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens spricht sich gegen eine Teilnahme des Landes an der Wirtschafts-

und Währungsunion ab 1. Jänner 1999 aus. Premierminister Persson begründet den Verzicht mit der schlechten Stimmung in der Bevölkerung gegenüber dem Euro-Projekt, weist aber darauf hin, daß für die Zukunft alle Möglichkeiten offengehalten werden sollen.

6. Juni: Bei Parlamentswahlen in Irland verliert die bisherige Regierungskoalition ihre Mehrheit. Die neue Regierung wird von einer Koalition der Fianna-Fail-Partei unter Regierungschef Ahern mit verschiedenen Kleinparteien gebildet.

16.–17. Juni: Anlässlich der Tagung des Europäischen Rates in Amsterdam einigen sich die Regierungschefs auf einen neuen Unionsvertrag, der vor allem in der Außen-, Sicherheits- und Justizpolitik wirksamere Kooperationen vorsieht. Eine Einigung über umfangreiche institutionelle Reformen im Entscheidungsprozeß, die vielfach als Voraussetzung für eine Erweiterung der Union angesehen werden, kommt nicht zustande. Ein Beschäftigungskapitel wird in den Vertrag integriert und das Sozialprotokoll in das Gemeinschaftsrecht überführt. Gleichzeitig wird der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ verabschiedet. Er wird durch eine „Resolution über Wachstum und Beschäftigung“ ergänzt. Im November soll ein Sondergipfel zu Beschäftigungsfragen stattfinden.

18. Juni: Die deutsche Bundesregierung billigt den von Sozialminister Blüm vorgelegten Entwurf zur Reform der Pensionsversicherung. Zentrale Elemente des Systems bleiben das Umlageverfahren und die Einkommenssicherung im Alter. Zur Bewältigung der Finanzierungsprobleme, die kurz- und mittelfristig aus der hohen Arbeitslosigkeit und langfristig aus der demographischen Entwicklung entstehen, werden eine Senkung der Netto-Ersatzquoten von derzeit 69% auf 64% bis ins Jahr 2030, eine Erhöhung der Beitragssätze und höhere Budgetzuschüsse vorgesehen.

21.–22. Juni: In Denver findet das Gipfeltreffen der sieben wichtigsten Industrienationen sowie Rußlands statt.

INLAND

Die Wirtschaftspolitik steht in Österreich im Zeichen der Bemühungen der Bundesregierung, das Budgetdefizit zu reduzieren. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes lehnen weitere Einsparungen im Bereich des Personalaufwands ab; diese Haltung wird durch zwei Warnstreiks der Finanzbeamten bekräftigt.

21. März: Um die Strukturschwächen im Tourismus zu überwinden, stellt das Wirtschaftsministerium sein För-

derungssystem um. Künftig stehen öffentliche Mittel nur für regionale Angebotskooperationen, Gestaltung innovativer Vertriebswege, Qualitätssicherung und Schaffung gemeinsamer Marken zur Verfügung. Die bereits ausgelaufene Top-Tourismusförderung wird neu belebt und bis 1999 verlängert.

24. März: Die Aktiengesellschaft für Industrie und Verkehrswesen (AGIV) mit dem Sitz in Frankfurt stockt ihre Beteiligung an der Maschinenfabrik Andritz von 60% auf 93% auf. Sie erwirbt die zusätzlichen Anteile von der Creditanstalt.

26. März: Finanzminister Edlinger verfügt eine Bindung von 8% aller Ermessensausgaben (das sind jene Ausgaben, die nicht gesetzlich fixiert sind).

8. April: Der Verfassungsgerichtshof hebt Teile der Werkvertragsregelung auf: Die Sozialversicherungspflicht für „dienstnehmerähnliche Werkverträge“ und die Abzugssteuer von 20% für diese sowie für „freie Dienstverträge“ werden für verfassungswidrig erklärt.

Die Bank Austria übernimmt den Anteil der SPÖ an der Nationalbank im Ausmaß von 4,3%, welcher einem nominellen Wert von 6,4 Mill. S entspricht, um 100 Mill. S.

14. April: Dr. Hannes Androsch und die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich erhalten den Zuschlag für den Kauf der Österreichischen Salinen AG.

18. April: Der Verfassungsgerichtshof hebt die Kommunalsteuerbefreiung der ÖBB auf.

7. Mai: Die Postsparkasse (PSK) wird Aktiengesellschaft. Damit erhält sie das Recht, Privatkredite sowie Kredite an Unternehmen, die mehrheitlich in Bundesbesitz sind (Bahn, Post), – auch über die Schalter der Postämter – zu vergeben.

9. Mai: Die ASFINAG wird aus dem Budget ausgegliedert. Zwar können die Bundesländer Bau und Erhaltung von Straßen weiterhin betreiben, doch müssen sie zu diesem Zweck privatwirtschaftliche Verträge mit der ASFINAG schließen. Die Ausgliederung der Schulden im Ausmaß von 78 Mrd. S reduziert die Verschuldungsquote des Bundes auf unter 70% des BIP.

13. Mai: Österreich erhält von der Europäischen Kommission – ebenso wie 9 weitere EU-Mitglieder – einen Mahnbrief wegen überhöhten Budgetdefizits (1996 3,9% des BIP).

15. Mai: Der Nationalrat beschließt ein Schema für Politikerbezüge (Bezügebegrenzungsgesetz), welches mit 1. August in Kraft tritt. Er regelt nicht nur die Bezüge von Politikern, sondern verpflichtet auch den Rechnungshof, alle zwei Jahre eine Liste jener Gehaltsbezieher zu publizieren, welche aus öffentlichen Mitteln mehr als 80.000 S monatlich erhalten.

21. Mai: Die EU-Kommission stellt fest, daß die von Österreich dem Schweizer Chemie-Konzern Hoffmann-

La Roche für eine Investition in Linz zugesagte Förderung in der Höhe von 300 Mill. S gegen EU-Recht verstößt und daher nicht ausgezahlt werden darf.

3. Juni: Die Finanzbeamten treten für 12 Stunden in einen Warnstreik, der sich vor allem gegen die mangelhafte Personalausstattung der Finanzämter sowie gegen weitere Personaleinsparungen richtet.

5. Juni: Verhandlungen zwischen Staatssekretär Rutensdorfer und den Gewerkschaftsvertretern der Finanzbeamten bleiben ergebnislos. Auch die Gewerkschaft der Pflichtschullehrer setzt sich gegen Sparpläne zur Wehr.

6. Juni: Die Novelle zur Gewerbeordnung, die mit 1. Juli 1997 in Kraft tritt, sieht weiterhin eine Pauschalierung für die Steuerbemessung in der Land- und Forstwirtschaft vor, doch unterliegen Nebentätigkeiten und Zukäufe der vollen Aufzeichnungspflicht, Erlöse aus dieser Tätigkeit der Einkommensteuer. Ebenso gilt für solche Nebentätigkeiten das Anlagenrecht.

Diese Regelung schlichtet eine weit zurückreichende Auseinandersetzung zwischen der Landwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft. Grundsätzlich soll die Novelle Betriebsgründungen beschleunigen und Teilgewerbe mit erleichtertem Zugang schaffen. Ausgedehnt wird auch die Berechtigung zu fachübergreifenden Leistungen.

9. Juni: Im Rahmen der Regierungsklausur in Rust, welche sich mit den Budgets für 1998 und 1999 und damit verbundenen Einsparungsplänen befaßt, wird beschlossen, die Zollfreigrenze für Zigaretten von 200 auf 25 Stück zu senken. Weiters wird ein Konzept für eine Exportoffensive vereinbart, welches durch zusätzliche Mittel von 1,3 Mrd. S finanziert werden soll.

16. Juni: Die Finanzbeamten streiken abermals. Die Gewerkschaft des gesamten öffentlichen Dienstes beschließt anlässlich einer Sitzung des Zentralvorstands, zunächst von einem Streik abzusehen, fordert jedoch ultimativ ein Gespräch mit den Regierungsspitzen. Bis dahin werden alle laufenden Verhandlungen sistiert.

25. Juni: Der Schengener Exekutivausschuß bestätigt Italien und Österreich, daß sie die Voraussetzungen für die Beseitigung der Grenzkontrollen entsprechend dem Schengener Abkommen erfüllen. Für Österreich dürfte sich die Verwirklichung dieses Abkommens jedoch verzögern.

26. Juni: Außenminister Schüssel erklärt, er werde dem Nationalrat empfehlen, die Amsterdamer Verträge über eine Reform der EU erst zu ratifizieren, wenn Österreich die volle Teilnahme am Schengener Abkommen erreicht habe.

27. Juni: Das Gespräch zwischen Vertretern der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten und der Bundesregierung bringt trotz erheblicher Differenzen das Ergebnis, daß die Detailverhandlungen wieder aufgenommen werden.

30. Juni: Die Preiskommission genehmigt das neue Gebührenmodell der Post, welches eine erhebliche Steigerung des Telefonortstarifs vorsieht. Unter der Voraussetzung, daß Minister Einem zustimmt, tritt die Neuregelung am 1. November in Kraft